

Urs Spielmann

Überleben ist nicht genug

Tagebuch eines Schweizer Unternehmers
2008/2009

Leseprobe 16. Oktober 2008

Xanthippe Verlag

Eindruck, dass an den Börsen regelrechte Panik herrscht. Der Wirtschaftspresse zufolge meinen die einen Experten, die Panik sei gerechtfertigt. Die anderen halten sie für eine Überreaktion der Märkte.

Vor zwei Tagen haben nun führende Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland wegen der Krise die Wachstumsprognosen für das neue Jahr doch gesenkt. Sie erwarten neuerdings praktisch ein Nullwachstum und sehen Deutschland am Rande einer Rezession.

«Wenn ich die neuesten Entwicklungen bedenke, dann sollten wir wirklich ein Minimalbudget ausarbeiten, Bea», sage ich. «In dieser angespannten Lage ist es allemal besser, gewappnet zu sein.»

Gfeller nickt. Mit einem kurzen «Mach ich!» packt sie ihre Sachen und geht zurück in ihr Büro.

Ich lege die Traktandenliste für die heutige Verwaltungsratssitzung zuoberst auf die entsprechenden Unterlagen. Bevor ich zum Bahnhof fahre, um meinen Verwaltungsratskollegen abzuholen, will ich im Internet die neuesten Wirtschaftsnachrichten lesen. Die Meldungen in den Tageszeitungen sind in dieser hektischen Zeit des Öfteren schon am Erscheinungstag wieder überholt. Nach dem ersten Klick traue ich zuerst meinen Augen nicht.

Die Schlagzeile, die mir da in grossen roten Buchstaben entgegenblickt, scheint mir zu unglaublich, um wahr zu sein: «Der Bund gibt ein Rettungspaket im Betrag von 68 Milliarden Franken zugunsten der Grossbank UBS bekannt und greift stützend in den Finanzmarkt ein.» Ich lese die Meldung nochmals. Der Inhalt bleibt auch beim zweiten Durchlesen derselbe.

Weder Gfeller noch sonst jemand hat offensichtlich heute Morgen etwas davon mitbekommen.

«Das glaube ich nicht», rufe ich laut aus, stehe auf, stütze mich mit ausgestreckten Armen auf der Tischplatte ab und lese im Stehen noch ein paar Zeilen weiter. Das Rettungspaket besteht der Meldung zufolge aus zwei Massnahmen:

Eine der Schweizerischen Nationalbank gehörende Gesellschaft kauft einerseits der UBS «faule» Papiere bis maximal 60 Milliarden Dollar ab. Andererseits beteiligt sich der Bund in Form einer Wandelanleihe³¹ mit sechs Milliarden Franken an der Bank. Ich kann die Neuigkeit kaum glauben und will sicher gehen, dass ich da nicht vorschnell einer Zeitungsentente aufsitze. Also klicke ich die Homepage der UBS selbst an.

Dort erwarten mich keine grossen roten, sondern kleine blaue Buchstaben und eine streng sachliche Wirtschaftssprache: «Die UBS entfernt Risikopositionen aus ihrer Bilanz durch Transaktion mit der Schweizerischen Nationalbank.» Und weiter: «Kapitalerhöhung um CHF 6 Milliarden durch Platzierung einer Pflichtwandelanleihe bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft.»

Da hat ein Kommunikationsprofi den Sachverhalt in eine perfekte Formulierung gegossen, geht es mir durch den Kopf und: Ich sollte dringend Stephan abholen! Allerdings will ich vorher noch Gfeller orientieren. Also eile ich durch den Flur zu ihrem Büro. Ich komme vermutlich mit ziemlichem Tempo angebraust, denn sie sieht mich mit grossen Augen an.

«Bea, geh ins Internet», schiesse ich los, «der Bund muss die UBS retten!»

«Kann er das überhaupt?», fragt Béatrice Gfeller trocken zurück.

Ich zucke mit den Schultern: «Keine Ahnung. Ich muss mich auf den Weg machen!»

31 Eine Wandelanleihe ist ein verzinsliches Wertpapier. Der Inhaber hat das Recht (aber nicht die Pflicht), das Wertpapier während einer bestimmten Frist zu im Voraus festgelegten Konditionen in Aktien des herausgebenden Unternehmens umzutauschen (daher der Begriff «wandeln»). Im vorliegenden Fall verzinst die UBS die Wandelanleihe der Schweizerischen Eidgenossenschaft jährlich mit 12,5%. Letztere kann die Anleihe während 30 Monaten zu festgelegten Bedingungen in Aktien der UBS umtauschen.

Auf dem Weg zum Bahnhof muss ich an das Swissair-Grounding³² im Jahr 2001 denken. Es hat damals die ganze Nation entsetzt, aber unter rein finanziellen Gesichtspunkten war es schon fast eine Bagatelle im Vergleich zu dem, was heute geschehen ist. Ich bin daher gespannt, welche Reaktionen das heutige Ereignis auslösen wird. Nach all den früheren Mitteilungen von Staat und Bank kommt dieses Rettungspaket sicherlich nicht nur für mich überraschend. Mal sehen, was Herren dazu meint. Er kommt gerade aus der Bahnhofunterführung, als ich in den Parkplatz einbiege. Ich warte, lasse Herren einsteigen, und dann fahren wir zurück in Richtung Feinstanz AG.

Ich kann es kaum erwarten, ihn auf die Neuigkeit anzusprechen. Er kennt sie natürlich bereits und klärt mich mit juristisch-nüchternem Sachverstand auf:

«Ganz offensichtlich ist es der Bank in den letzten Tagen nicht gelungen, neues Kapital bei privaten Investoren aufzutreiben. Ergo hat der Staat als Geldgeber einspringen müssen, um die Zahlungsunfähigkeit der Bank zu verhindern.»

«Du meinst, die staatliche Rettungsaktion sei praktisch unvermeidlich gewesen?», frage ich nach.

«Wahrscheinlich schon. Man stelle sich vor, was passiert wäre, wenn die Bank ihre Schalter nicht mehr geöffnet hätte.»

32 Am 2. Oktober 2001 gingen die Bilder von den auf Flughäfen parkierten Flugzeugen mit dem Schweizer Kreuz auf der Flosse um die Welt. Die Tatsache, dass die Fluggesellschaft Swissair ihren Flugbetrieb aus finanziellen Gründen einstellen musste, ging unter dem Schlagwort «Grounding» in die Schweizer Wirtschaftsgeschichte ein. Eine Übergangs-Finanzierung über CHF 250 Mio. zur Aufrechterhaltung des Flugbetriebs in der ersten Oktoberhälfte war nicht mehr rechtzeitig zustande gekommen. Dies, obwohl sich der Bundesrat gegenüber den Grossbanken UBS und CS bereit erklärt hatte, die Hälfte des Kredits zu übernehmen. Am 3. Oktober stellte der Bund CHF 450 Mio. zur Verfügung, um die Wiederaufnahme eines allerdings reduzierten Flugbetriebs am folgenden Tag zu ermöglichen.

«Also ist die Rettung für den Staat wohl das kleinere Übel gewesen, als den Schaden hinzunehmen, der andernfalls der Bank und mit ihr der ganzen Schweiz widerfahren wäre. Spontan dünkt es mich aber schon ein starkes Stück, dass ausgerechnet die UBS, die ansonsten immer als Verfechterin der freien Marktwirtschaft auftritt, den Staat um Hilfe bitten muss.»

«Die ganze Angelegenheit zeigt jedenfalls», fährt Herren fort, «wie dramatisch die Entwicklung an den Finanzmärkten ist. Wir müssen überlegen, was das für die Feinstanz bedeutet.»

«Absolut», stimme ich ihm zu und nehme seinen Gedanken auf, «Gfeller und ich sind schon vor dieser Neuigkeit zum Schluss gekommen, dass wir ein Minimalbudget erstellen müssen. Wir können das gleich in der Sitzung diskutieren.»